

Wirtschaft

Schweizer Beweis für entfernte Bankkundennamen auf HSBC-Liste

Die Bundesanwaltschaft bestätigt, dass die von Frankreichs Polizei gelieferte Falciani-Liste manipuliert war.

Andreas Valda und Oliver Meiler

Sind französische Privatkunden der Genfer Bankfiliale der HSBC von der französischen Polizei geschont worden? Diese Vermutung steht seit zwei Jahren im Raum und wurde von der Zeitung «Le Monde» in Umlauf gebracht. Seit gestern gibt es ein Indiz mehr, dass die Vermutung stimmen könnte.

Das Westschweizer Wirtschaftsblatt «L'Agéfi» zitierte ein Gutachten der Schweizer Bundeskriminalpolizei (BKP), das dem «Bund» vorliegt. Es wurde 2010 vom Bundesanwalt (BA) in Auftrag gegeben. Daraus geht hervor, dass die von den französischen Ermittlern an die Schweiz herausgegebenen Datenträgerkopien mit Bankkunden «bewusst manipuliert worden sind». «Mehrere Namen von Firmen und Personen figurieren nicht auf der Kopie», steht im Bericht. «Der Grund entzieht sich unserer Kenntnis.»

Die Liste geht auf die durch den früheren HSBC-Mitarbeiter Hervé Falciani gestohlenen Bankdaten zurück. Er flüchtete Ende 2008 mit einem Datensatz von 127 000 Namen nach Frankreich. Die Bundesanwaltschaft eröffnete ein Verfahren und beantragte Rechtshilfe. Falcianis zwei Computer wurden in der Nähe von Nizza beschlagnahmt. Ein Jahr später wurden Kopien der Harddisks an die Schweiz geschickt. Absender war das französische Kriminalinstitut der Gendarmerie IRCGN.

Brisante Namen verschwunden

Die Bundesanwaltschaft bestätigte auf Anfrage: «Die Analyse der Bundeskriminalpolizei hat gezeigt, dass die Daten verändert worden sind. Es bestehen Unterschiede zwischen den Inhalten der verschiedenen von den französischen Behörden übermittelten Dateien, obwohl diese an sich hätten identisch sein sollen.» Wie viele Namen entfernt worden sind, steht nicht im Gutachten. «L'Agéfi» erhielt es «aus Pariser Quelle». Ihr Informant sagte, dass «3300 Namen eliminiert worden sind».

In Frankreich spekulieren die Medien schon lange über die möglichen Motive für eine Manipulation. Das Nachrichtenmagazin «Le Point» etwa titelte im April letzten Jahres: «Die dunklen Geheimnisse des «Falciani Code» und nannte die Namen einiger Leute, von denen man weiss, dass sie auf Falcianis Originalliste gestanden hatten. Einer von ihnen war Patrice de



Was geschah mit den Daten, die Hervé Falciani aus der Bank HSCB entwendete? Foto: Philippe Wojazer (Reuters)

Maistre, der frühere Vermögensverwalter von L'Oréal-Erbin Liliane Bettencourt, Frankreichs reichster Frau.

Brisant ist dieser Name, weil de Maistre im Namen Bettencourts die damalige Regierungspartei, Nicolas Sarkozys konservative UMP, mit Spendengeldern versorgte und immer mal wieder nach Genf reiste, um dort Geld abzuheben. Er war in seiner Funktion auch Chef von Florence Woerth, der ehemaligen Anlageberaterin der Milliardärin. Sie wiederum ist

Die Franzosen überrascht in Sachen Schwarzgeldkonten nichts mehr.

die Ehefrau von Eric Woerth. Und dieser Woerth war 2009 Frankreichs Budgetminister – jener Mann also, der Falcianis Material von der Staatsanwaltschaft aus Nizza zugestellt bekommen hatte und der einige Monate später den Steuerflüchtlingen und deren Fluchttort Schweiz wortreich den Kampf ansagte mit seiner «Liste mit 3000 Namen».

Die Zahl überraschte jenen Mann, der die Liste nach Paris übermittelt hatte: Eric de Montgolfier, der damalige Staatsanwalt von Nizza. Im letzten Jahr trat er vor einer parlamentarischen Untersuchungskommission auf, um seiner Verwunderung Ausdruck zu geben. Bei dieser Gelegenheit brachte er auch den Fall de Maistre zur Sprache. Doch die Kommission, geleitet von einem Sozialisten, kam im Sommer 2013 zum Schluss, dass keine Namen von der Liste «verschwunden» seien. Auf diesen Bericht berief sich gestern auch der amtierende Budget-

minister Bernard Cazeneuve, um die Berichte aus der Schweiz zu kontern: Er sprach von einer «extrem tief greifenden Ermittlung» der Kommission.

Rechte und Linke Hand in Hand?

Doch war sie das tatsächlich? Die französische Presse gab sich skeptisch über den Ausgang der Untersuchung und insinuierte, die politische Klasse, die Rechte und die Linke, habe womöglich aus einem Selbsterhaltungsreflex für einmal Hand in Hand gehandelt. In der Zwischenzeit war ja ein anderer Budgetminister, der Sozialist Jérôme Cahuzac, über sein lange geleugnetes Schwarzgeldkonto bei der UBS gestolpert. Cahuzac musste demissionieren. Seither überrascht die Franzosen in diesen Belangen nichts mehr. Die Gerüchte über mögliche weitere prominente Namen auf Falcianis ursprünglicher HSBC-Liste blieben bisher aber einfach nur Gerüchte.

Valiant belastet Kontogebühren früher

Markus Gygax, der neue Chef der Valiant-Bank, will die Rentabilität des Instituts erhöhen. Deshalb passt die Bank Konditionen an und plant neue Angebote.

Hans Galli

Valiant-Kundin Beate Schärer (Name geändert) war überrascht, als sie kürzlich Post von ihrer Bank erhielt. Per Brief kündigte ihr die Valiant-Geschäftsleitung Änderungen beim Aktionärssparkonto und beim Top-Sparkonto an. Bisher galt für Beträge über 25 000 Franken eine Kündigungsfrist von 3 Monaten. Ab dem 1. März 2014 wird die Frist nun aber auf 6 Monate verlängert. Ausserdem belastet die Bank die Kontoführungsgebühren für das Privatkonto neu monatlich und zwar schon Anfang Monat. Bisher wurden die Gebühren erst Ende Jahr abgezogen.

Die Bank begründet die Änderungen mit der Anpassung an das, was im Markt üblich sei, wie die Medienstelle auf Anfrage mitteilte. Auf dem Top- und dem Aktionärssparkonto gebe es mehr Zins (0,2 bzw. 0,35 Prozent), und bei höher verzinslichen Anlagen seien die Kündigungsfristen generell länger.

Beim Privatkonto (momentaner Zinssatz 0,05 Prozent) blieben dagegen weiterhin 50 000 Franken pro Monat frei verfügbar, und für höhere Beträge gelte unverändert eine Kündigungsfrist von 3 Monaten.

Die monatliche Belastung der Kontogebühren sei in der Branche üblich, Valiant passe sich an den Banken an, hielt Mediensprecherin Valérie Bodenmüller weiter fest. Sie fügte aber bei, die Änderung habe noch einen andern Grund: Valiant prüfe für die zweite Jahreshälfte die Einführung neuer Produktpakete mit monatlichen Grundgebühren.

Die angekündigten Massnahmen sollen offensichtlich mithelfen, die Rentabilität der Valiant-Gruppe zu verbessern. Markus Gygax, seit Mitte November Chef der grössten Schweizer Regionalbank, hatte bei seiner Wahl erklärt, die Erträge seien in den vergangenen Jahren ungenügend ausgefallen: «So kann es nicht weitergehen», hielt Gygax damals fest. Mit den neuen Produktpaketen will die Bank neue Kunden

gewinnen. Durch die monatliche Belastung der Kontogebühren fliessen ihr die entsprechenden Gelder früher zu. Sie hat dadurch mehr flüssige Gelder zur Verfügung und kann die nicht sofort benötigten Beträge zinstragend anlegen.

Aktienkurs steigt

Die Valiant-Aktie hatte in den vergangenen drei Jahren deutlich an Wert verloren. Auch im guten Börsenjahr 2013 gehörte sie mit Minus 8 Prozent zu den schwächsten Schweizer Titeln. Jetzt aber zeigt die Kurve wieder aufwärts: Seit Anfang 2014 hat der Kurs um 10 Prozent zugelegt. Die Aktionäre trauen der neuen Konzernspitze offenbar zu, dass sie die Wende zum Positiven schaffen kann.

Kunden müssen auf Entschädigungen verzichten

Wenn eine Bank ihren Kunden Finanzprodukte eines andern Anbieters verkauft, erhält sie von diesem Anbieter häufig eine Entschädigung. Gemäss Bundesgericht gehört diese dem Kunden. Die Grossbanken Credit Suisse und UBS haben ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) so angepasst, dass die Kunden mit der Akzeptierung der AGB auf diese Entschädigungen (Retrozessionen) verzichten. Das stört zwar die Konsumentenschutz, aber die Regelung ist laut der Berner Bankrechtsprofessorin Susan Emenegger aufgrund der bisherigen Rechtsprechung zulässig («Bund» vom Dienstag). Bei der Valiant steht dieser Verzicht schon seit längerem in den Allgemeinen Geschäftsbe-

dingungen für Depotkunden. Anders ist es bei Vermögensverwaltungsmandaten. Hier haben die Kunden Anrecht auf die Entschädigung. Allerdings setzt Valiant laut eigenen Angaben seit dem vergangenen Jahr meist auf Anlagen, bei welchen keine Retrozessionen anfallen.

Ähnlich das Vorgehen der andern grossen Berner Bank, der BEKB: Bei ihr haben Vermögensverwaltungskunden ab 2007 Verzichtserklärungen unterschrieben. Im Juli 2013 hat sie laut eigenen Angaben auf retrozessionsfreie Anlagen umgestellt. Im Gegenzug müssen die Kunden höhere Tarife zahlen. Depotkunden verzichten gemäss den AGB auf Vertriebsentschädigungen. (-/-)

Migros Aare plant auf allen Dächern Solarkraftwerke

Das Solarprojekt der Migros Aare ist in Thun erfolgreich gestartet. Nun will sie auf ihren Einkaufszentren Solarzellen montieren.

Seit dem vergangenen Jahr liefert das Sonnenkraftwerk auf dem Migros-Einkaufszentrum in Thun Strom. Aufgrund der positiven Erfahrungen will die Migros Aare nun ähnliche Anlagen auf 25 Einkaufszentren und Betriebsgebäuden in ihrem Einzugsgebiet erstellen, wie sie gestern mitteilte.

Für eine Investitionssumme von 20 Millionen Franken sollen Solarzellen mit einer Gesamtsumme von 20 Fussballfeldern montiert werden. Diese werden gemäss den Plänen pro Jahr 8 Gigawattstunden Strom liefern. Damit könnten 2500 Haushalte versorgt werden. Die Migros Aare will den Strom aber selber nutzen. Sie wird damit rund 5 Prozent des eigenen Strombedarfs abdecken können. Wegen des Eigenverbrauchs wird die Anlage laut Angaben von Mediensprecher Reto Wüthrich nicht für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) des Bundes angemeldet.

Eine Speicherung des Solarstroms für die Nacht oder Schlechtwetterzeiten sei momentan nicht vorgesehen, hiess es weiter. Die Migros teste allerdings in der Verteilzentrale Neuenhof verschiedene Speichermöglichkeiten. Bei erfolgreichem Verlauf der Tests könnten die entsprechenden Technologien an den verschiedenen Standorten eingesetzt werden.

Mit Machbarkeitsstudien kläre die Migros nun die Eignung der verschiedenen Standorte für die Fotovoltaik ab, sagte Wüthrich weiter. Die grösste Anlage dürfe in Schönbühl auf den Dächern des Einkaufszentrums Shoppylad und dem Betriebsgebäude zu stehen kommen. (-/-)

Den Drachen töten oder die Prinzessin befreien?

Jeder Mensch habe in seinem Hirn sehr viel Potenzial, welches in den Unternehmen zu wenig genutzt wird; es könne sich entfalten, wenn sich die Mitarbeitenden dem Unternehmen verbunden fühlen, wenn sie den Sinn ihrer Arbeit erkennen und wenn sie Freiraum für Kreativität haben: Diese Botschaft vermittelte der Führungscoach Sebastian Purps aus Hannover den 1100 Zuhörenden, mehrheitlich Personalverantwortliche, am traditionellen Berner HR- und Wirtschaftsforum im Berner Kursaal.

Björn Berg, Inhaber der jungen Getränkefirma Mojo, widersprach. Viele Menschen benötigten den Druck, damit sie eine hohe Leistung erbringen. Existenzangst wecke kreatives Potenzial, das habe er als Firmengründer selber erfahren. Das weiche Konzept von Purps funktioniere möglicherweise in grossen Unternehmen zu normalen Zeiten. In der Krise sei dagegen straffe Führung nötig.

Fenaco-Chef Martin Keller machte Anleihen in der Märchen- und Spielwelt, als er die beiden Konzepte verglich. Björn Berg schwebte das Kampfkonzept vor: «Wir wollen den Drachen töten.» Die Konkurrenz soll ausgespielt werden. Sebastian Purps dagegen gehe vom Ziel aus: «Wir wollen die Prinzessin befreien.» Das Wachtümel der brachliegenden Fähigkeiten führe zum Erfolg.

Fenaco setzt auf ABS

Es könnten durchaus beide Konzepte zum Erfolg führen, meinte Keller. Die landwirtschaftliche Selbsthilfeorganisation Fenaco setze auf das Prinzessinnen-Prinzip. Bei Fenaco trage es die Abkürzung ABS: Anerkennung, Beliebtheit und Sicherheit für die Mitarbeitenden. ABS sei vor seiner Zeit als Konzernchef eingeführt worden, sagte Keller. Sein Ziel sei es, die darauf beruhende Kultur bei den 9000 Mitarbeitenden noch tiefer zu verankern. Fenaco bestehe aus 80 Tochtergesellschaften. Diese Einheiten verfügten über viel Gestaltungsfreiraum, und die Mitarbeitenden fühlten sich mit ihnen verbunden. (-/-)

Hugo Bänziger geht zu Lombard Odier

Der 58-jährige Hugo Bänziger geht als neuer geschäftsführender Teilhaber zur Genfer Privatbank Lombard Odier. Bis Mai 2012 war der Deutschschweizer als Chief Risk Officer in der Konzernleitung der Deutschen Bank tätig. Seither übte er nebenamtliche Funktionen aus als Verwaltungsrat und als ausserordentlicher Professor an der University of Chicago. Gerüchtehalber wurde Bänzigers Name oft ins Spiel gebracht, wann immer es in der Finanzbranche einen Topjob zu besetzen galt. Die Zürcher FDP-Nationalrätin Doris Fiala lancierte ihn eben erst als neuen Direktor der Finanzmarktaufsicht (Finma), was bei Lombard Odier dem Vernehmen nach mit Amusement zur Kenntnis genommen wurde.

Die zweitgrösste Genfer Privatbank holt Bänziger vor allem wegen seiner Erfahrung in Risiko-, Regel- und Finanzfragen, sagt eine Sprecherin. Er übernimmt die neue Funktion am 1. April. Als geschäftsführender Teilhaber wird er Mitglied der neunköpfigen Bankführung. Wie Pictet, Mirabaud und La Roche hat auch Lombard Odier mit Jahresbeginn die Rechtsstruktur geändert. Die Bank ist neu eine Aktiengesellschaft. Über die darübergelegte Dach- oder Kommanditgesellschaft bleiben die Teilhaber alleinige Besitzer der Bank, ohne aber wie bisher mit ihrem Privatvermögen zu haften. Lombard Odier weist 174 Milliarden Franken verwaltete Vermögen aus. Die Bank ist in 18 Ländern präsent und zählt rund 2000 Mitarbeitende. (bsi)